

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/02/2018

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
26.02.2018,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Jürgen Eckert

ab TOP 6.2

Herr Peter Egan

Frau Gerda Freiheit

Herr Uwe Gaumann

Herr Rafael Haase

bei TOP 11 teilweise nicht anwesend

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dustin Holzmann

außer TOP 12

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

ab TOP 7

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

außer TOP 12

Herr Achim Reuber

Herr Christian Schmidt

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Herr Heino Wriggers

ab TOP 10

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Fabio Linde

Kinder- und Jugendbeirat, bis
TOP 15

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat, bis TOP 15

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Horst Kienel

Herr Peter Kania

Frau Meike Niemann

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Claudia Rathje

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Frau Doris Unger

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.01/2018 vom 22.01.2018
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht Nr. 3/2018
 - 6.2.2. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2018
 - 6.2.3. Sitzung der Fluglärmschutzkommission am 23.02.2018
7. Ehrung der Stadtverordneten Frau Strunk für ihre zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik
8. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/002/2018**
9. Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule **2018/003**
- Übernahme des Betriebes der Offenen Ganztagschule (OGS)
10. Beschluss über die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Ahrensburg (Ausbaubeitragssatzung) **2018/015/1**
 - 10.1. Anfrage der CDU-Fraktion - Straßenausbaubeiträge **AF/2018/003**
 - 10.2. Änderungsantrag der WAB zur Vorlage 2018/015/1 - Ausbau-beitragssatzung **AN/003/2018**
11. Jahresabschluss 2016 der Stadt Ahrensburg und Schlussbe-richt des Rechnungsprüfungsamtes **2018/016**
12. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe **2018/002**
- PSK 12205.5271000, Melde- und Personenstandswesen
13. Verkaufsoffene Sonntage 2018 **2017/158**

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 14. | Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2017 gem. § 95 d GO | 2018/018 |
| 15. | Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO | 2018/019 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anschließend gedenken die Stadtverordneten dem verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten und Stadtrat für Umwelt, Herrn Walter Runge.

Bürgermeister Wilde weist im Hinblick auf die Veröffentlichung der Angelegenheit „Besetzung der Stelle des Fachbereichsleiters I“ in der Presse eindringlich auf die Verschwiegenheitspflicht auch der Selbstverwaltung hin.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Proske beantragt, den Antrag AN/006/2018 „Eilantrag“ im Wege der Dringlichkeit auf die Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung zu setzen. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung um den TOP 19 „Eilantrag“ mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten (§ 10 Abs. 5 der Geschäftsordnung in Verbindung mit § 34 Abs. 4 der Gemeindeordnung) zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 16 „Grundstücksangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2018/005, 17 „Grundstückangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2018/006, 18 „Grundstücksangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2018/012, sowie TOP 19 „Eilantrag“, AN/006/2018, in nicht öffentlicher

Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen mit oben genannter Änderung der mit Einladung vom 14.02.2018 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr.01/2018 vom 22.01.2018

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

– Siehe nicht öffentliche **Anlage** –

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht Nr. 3/2018

Der Finanzbericht Nr. 3/2018 ist als **Anlage** beigelegt.

6.2.2. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2018

Mit Datum vom 09.02.2018 hat der Innenminister die Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2018 ohne weitere Auflagen genehmigt.

Jedoch wurde im Rahmen der Allgemeinen Hinweise des Innenministeriums darauf hingewiesen, dass Zweifel bestehen, dass die Investitionsplanung mit § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik im Einklang steht. Die Umsetzungsquote im Jahr 2017 auf rd. 40 % der fortgeschriebenen investiven Planansätze ist weiter gesunken. Damit sind von investiven Ermächtigungen in Höhe von rd. 22,5 Mio. € lediglich Auszahlungen für entsprechende Maßnahmen in Höhe von knapp 9 Mio. € erfolgt. Soweit in der Finanzrechnung 2018 keine signifikanten Verbesserungen zu erkennen sein sollten, werden für den Haushalt des kommenden Jahres unabhängig von einer bestehenden Genehmigungspflicht kommunalaufsichtliche Maßnahmen in Erwägung gezogen werden müssen. Aufgefallen ist auch der eindeutige Anstieg der Gesamtverschuldung von rd. 35,7 Mio. € am Anfang des Jahres 2018 um 11,1 Mio. € oder 31 % auf rd. 46,8 Mio. € zum Ende des Planungszeitraumes. Der hieraus resultierende Anstieg der Abschreibungen bzw. Auszahlungen aus ordentlicher Tilgung sowie Zinsen können den Ergebnis- und Finanzhaushalt der Stadt für viele Jahre belasten.

Die Genehmigung der Haushaltssatzung ist der Niederschrift des Finanzausschusses Nr. 02/2018 vom 19.02.2018 beigelegt.

6.2.3. Sitzung der Fluglärmschutzkommission am 23.02.2018

Bürgermeister Sarach berichtet über die Sitzung der Fluglärmschutzkommission am 23.02.2018. Informationen hierüber sind unter der Homepage www.ahrensburg.de zu finden.

7. Ehrung der Stadtverordneten Frau Strunk für ihre zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik

Bürgermeister Wilde ehrt Frau Martina Strunk für ihr 10-jähriges außerordentliches Engagement als Bürgerliches Mitglied und Stadtverordnete im Ehrenamt für die Stadt Ahrensburg.

Frau Strunk war von 2008 bis 2010 Bürgerliches Mitglied, um dann als Stadtverordnete ihr kommunalpolitisches Engagement fortzusetzen. Sie war Ordentliches Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss. Sozialausschuss, Schulleiterwahlausschuss, Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V., aber auch stellvertretend im Ältestenrat, Finanz- und Hauptausschuss tätig.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihr im Namen der Stadtverordnetenversammlung für ihren Einsatz und ihr Engagement zum Wohl der Stadt Ahrensburg.

8. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Herr Kubczigk ist gemäß § 6 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz wählbar.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl des Herrn Markus Kubczigk als ordentliches Bürgerliches Mitglied im Umweltausschuss gemäß Antrag der SPD-Fraktion AN/002/2018 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**9. Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule
- Übernahme des Betriebes der Offenen Ganztagschule (OGS)**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/003 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2018/015/1

10. Beschluss über die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Ahrensburg (Ausbaubeitragssatzung)

AF/2018/003

10.1. Anfrage der CDU-Fraktion - Straßenausbaubeiträge

AN/003/2018

10.2. Änderungsantrag der WAB zur Vorlage 2018/015/1 - Ausbaubeitragssatzung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Die Beantwortung der von der CDU-Fraktion gestellten Anfrage zu Straßenausbaubeiträgen (AF 2018/003) wurde vor der Sitzung an die Stadtverordneten verteilt und ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass die CDU-Fraktion die Aufhebung der Ausbaubeitragssatzung laut Wahlprogramm befürwortet. Er plädiert dafür, Grundstückseigentümer von den hohen Ausbaubeiträgen zu entlasten. Vorab müsse eine Kompensation der fehlenden Einnahmen geklärt werden. Er spricht sich gegen die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen aus und gegen die Erhöhung der Grundsteuer. Einwohner, die bereits Beiträge gezahlt haben, sollen nicht wieder erneut belastet werden. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang für die zügige Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion durch die Verwaltung.

Stadtverordneter Egan stellt im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag: „Die am 28.02.2018 ihre Gültigkeit verlierende Ausbaubeitragssatzung wird nicht ersetzt oder verlängert. Die Vorlage 2018/015/1 wird zurückgewiesen (AN/003/2018).“

Viele Bürger würden die Erhebung von Ausbaubeiträgen der Sache nach ungerecht und unverhältnismäßig empfinden. Der Landtag habe das politische Signal zur Aufhebung der Pflicht zur Erhebung von Ausbaubeiträgen gegeben. Die Aufhebung der Ausbaubeitragssatzung der Städte Glinde, Reinbek und Neumünster sei bereits erfolgt. Die entfallenen Einnahmen sollten durch eine sparsame Haushaltsführung kompensiert werden bzw. mittelfristig würde die WAB-Fraktion vom Land eine Kompensation der Beitragsausfälle erwarten. Alternativ könne erwogen werden, ein System für wiederkehrende Beiträge einzuführen, wobei zu beachten sei, dass dies einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit entsprechenden Kosten erzeugen könne.

Stadtverordneter Möller von der SPD-Fraktion hält den Antrag der WAB-Fraktion auch aus formalen Gründen aufgrund des fehlenden Deckungsvorschlages mit Verweis auf § 10 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung für nicht zulässig. Bei einer 40-jährigen Lebensdauer der Straßen, Wege und Plätze würden in der Stadt Ahrensburg ca. 750.000 €

jährlich an Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur eingeplant werden müssen. Hiervon anteilig wäre es möglich, je nach Einstufung der Straße, Ausbaubeiträge zu erheben. Im Übrigen sei in der Ausbaubeitragssatzung ausdrücklich die Möglichkeit einer Ratenzahlung bzw. Verrentung für die Beitragspflichtigen vorgesehen. Der Ausbau der Straße habe Auswirkungen auf den Wert der Grundstücke und somit Vorteile für die Grundstückseigentümer. Die SPD-Fraktion spricht sich dagegen aus, dass zukünftig über regelmäßige Beiträge wie Grundsteuer etc. Kosten für den Straßenausbau auf die Mieter umgelegt werden.

Stadtverordneter Langbehn von Bündnis 90/Die Grünen bemängelt dass die Entscheidung über eine neue Ausbaubeitragssatzung durch die Stadtverordneten unter Zeitdruck erfolgen solle. Er befürwortet eine befristete neue Ausbaubeitragssatzung - wie vom BPA empfohlen-, um sämtliche offenen Fragen klären zu können. Es interessieren z. B. Finanzierungshintergründe wie Deckung der Straßenbaumaßnahmen, wenn keine Beitragseinnahmen mehr eingehen oder bei einer Entscheidung für wiederkehrende Beiträge: Wie ist die Behandlung derjenigen, die bereits in den vergangenen Jahren Ausbaubeiträge gezahlt haben? Wie lange werden diejenigen von wiederkehrenden Beiträgen befreit? Wie groß ist der Verwaltungsaufwand bei wiederkehrenden Beiträgen?

Stadtverordneter Hansen fügt ergänzend im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinzu, dass in den vergangenen Jahren mehr in Schulen und Kitas investiert worden und somit die Summen für Ausbaubeiträge im Haushalt relativ gering seien, jedoch tatsächlich ein großer Investitionsstau bei den Straßen bestehe. Er plädiert dafür, nach der Kommunalwahl in der Stadtverordnetenversammlung die offenen Fragen zu klären und verschiedene Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und nicht die empfohlene gesamte 2-Jahres-Frist bis zu einer Entscheidung auszureizen. Bis dahin sollten auch die Zuwendungen für Straßenbaumaßnahmen durch das Land festgelegt sein. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Antrag des Stadtverordneten Egan von der WAB-Fraktion nicht zustimmen.

Stadtverordneter Haase von der SPD-Fraktion plädiert für die Aufhebung der Ausbaubeitragssatzung, da die Anlieger häufig einen kostengünstigen Ausbau und nicht einen ggf. dem Stadtbild äquivalenten Ausbau bevorzugen würden. Er bittet um Auskunft, wie viel Personalkosten für die Abrechnung einer Straßenausbauaßnahme mit Anliegerversammlung, Vorstellung im Bau- und Planungsausschuss etc. entstehen.

Stadtverordnete Hengstler erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass sämtliche Fraktionen eine drastische Verbesserung jedes einzelnen Beitragspflichtigen, der bisher diese Beträge gezahlt hat oder noch nicht gezahlt habe, anstreben würden. Zurzeit würden noch Ausbaubeiträge anstehen, die noch nicht abgerechnet seien, hier müsse geklärt werden, wie diese behandelt werden sollen. Wie sollen die Anwohner der Moltkeallee behandelt werden, die die Ausbaubeiträge als Letztes gezahlt haben? Der neue Weg sollte juristisch einwandfrei sein, eine größtmögliche Gerechtigkeit beinhalten als auch eine Gegenfinanzierung aufzeigen.

Stadtverordneter Bellizzi spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen den Antrag der WAB-Fraktion aus. Der Antrag beinhalte u. a. keine ausreichende Finanzierung der Ausbaumaßnahmen. Wiederkehrende Gebühren würden einen erheblichen Verwaltungsaufwand beinhalten, da zur Rechtssicherheit eine jährliche Überprüfung der Gebührenhöhe erfolgen müsse. Keine Satzung zu wiederkehrenden Gebühren habe es - insbesondere aufgrund mangelhafter Berechnung - bisher geschafft, den Gerichtsentscheidungen standzuhalten. Bei einer Erhöhung der Grundsteuer zur Finanzierung der Ausbaumaßnahmen würden aufgrund der Weiterleitung der Kosten an den Mieter im Rahmen der Nebenkostenabrechnung u.a. auch Gesellschaften mit viel Eigentum in Ahrensburg entlastet werden. Auch die Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet bei Straßenausbaumaßnahmen im Vergleich zu Ausbaubeiträgen müsse bei einer Aufhebung der Ausbaubeitragsatzung geklärt werden. Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Bürger sich mehr Transparenz wünschen und dies im Rahmen einer neuen Satzung realisiert werden sollte. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der WAB-Fraktion nicht zustimmen und der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Reuber, Egan und Proske.

Dem Antrag des Stadtverordneten Haase auf Ende der Rednerliste wird mehrheitlich zugestimmt.

Dem Antrag des Stadtverordneten Levenhagen auf 5-minütige Unterbrechung der Sitzung nach Beendigung der Rednerliste wird zugestimmt.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Egan erfolgt eine 5-minütige Unterbrechung der Sitzung.

Die CDU-, FDP-, SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen nach Unterbrechung der Sitzung nachfolgenden Ergänzungsantrag zur Vorlagen-Nr. 2018/015/1: „Die Verwaltung wird gebeten, der neuen Stadtverordnetenversammlung verschiedene Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge aufzuzeigen. Die neue Stadtverordnetenversammlung möge schnellstmöglich eine Arbeitsgruppe ins Leben rufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.“

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion, der wie folgt lautet,

„Die am 28.02.2018 ihre Gültigkeit verlierende Ausbaubeitragsatzung wird nicht ersetzt oder verlängert. Die Vorlage 2018/015/1 wird zurückgewiesen.“

abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

**2 dafür
24 dagegen
1 Enthaltung**

Der Antrag der WAB-Fraktion ist somit abgelehnt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten wie folgt ab:

Dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/015/1, der wie folgt lautet, wird zugestimmt: „Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Ahrensburg (Ausbaubeitragssatzung) wird in der als **Anlage** beigefügten Fassung beschlossen. Sie tritt zum 01.03.2018 in Kraft und ist befristet bis zum 29.02.2020.“

Abstimmungsergebnis: **25 dafür**
2 dagegen

Anschließend wird über den wie vor genannten Ergänzungsantrag, der wie folgt lautet, abgestimmt: „Die Verwaltung wird gebeten, der neuen Stadtverordnetenversammlung verschiedene Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge aufzuzeigen. Die neue Stadtverordnetenversammlung möge schnellstmöglich eine Arbeitsgruppe ins Leben rufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.“

Abstimmungsergebnis: **25 dafür**
2 dagegen

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen dieser Niederschrift ist folgende Korrektur eines offensichtlichen Fehlers der Anlage zur Vorlage 2018/015/1 vorzunehmen: Im beigefügten rein deklaratorischen Straßenverzeichnis soll als im Wesentlichen dem Anliegerverkehr dienende Straße aufgeführt werden, nur der „Starweg (Stichweg)“ und nicht wie in der Anlage zur Vorlage stehend zusätzlich „Starweg (vom Birkenhain bis Ahrensfelder Weg)“. Letzteres ist zu streichen.

Der letztgenannte Abschnitt ist bereits als im Wesentlichen dem innerörtlichen Verkehr dienende Straße „Starweg (Hagener Allee bis Am Birkenhain)“ eingeordnet.

Gegenüber der bisher geltenden Ausbaubeitragssatzung kommt es hier zu keinen Veränderungen.

11. Jahresabschluss 2016 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Reuber hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan bedankt sich im Namen der WAB-Fraktion u. a. bei dem Stadtverordneten Herrn Langbehn, der beantragt hat, Mittel für die Fertigung der Jahresabschlüsse bereitzustellen sowie bei der Verwaltung, insbesondere Herrn Kienel, Frau Blossey und Frau Haase, aber auch dem Rechnungsprüfungsamt Frau Niemann für die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse. Bei Betrachtung der Jahre 2009 bis 2016 habe sich die Stadt positiv mit einem Anstieg des Vermögens um 20 Mio. € und im Verhältnis lediglich einen Anstieg der Schulden um 11 Mio. € entwickelt. Seit 2011 habe die Stadt keine neuen Kredite aufgenommen. Die Eigenkapitalquote betrage 75 % bei einem Abbau von 1 Mio. € Schulden jährlich. Es sei deutlich mehr investiert worden als an Abschreibungen vorhanden waren. Er appelliert, die laufenden Aufwendungen so niedrig wie möglich zu halten.

Stadtverordneter Langbehn bedankt sich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen bei der Verwaltung für die Umsetzung der Jahresabschlüsse, sodass man jetzt auf dem aktuellen Stand der Jahresabschlüsse sei.

Stadtverordneter Stukenberg bittet um Auskunft, inwieweit das Minus von 1,1 Mio. € laufende Maßnahmen oder auch einmalige Maßnahmen umfasse und bittet um Beantwortung.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/016 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**12. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
- PSK 12205.5271000, Melde- und Personenstandswesen**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/002 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13. Verkaufsoffene Sonntage 2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Termine über die verkaufsoffenen Sonntage 2018 zur Kenntnis.

14. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2017 gem. § 95 d GO

Die Stadtverordneten nehmen den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2018/018 zur Kenntnis.

15. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO

Die Stadtverordneten nehmen den öffentlichen Bericht des Bürgermeisters über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über 50 € hinausgehen, für das Jahr 2017 zur Kenntnis.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin